

„Feierliches Weiterwurschteln“ im westdeutschen Hochschulwesen

Vor einiger Zeit erschien in der westdeutschen Zeitung „Die Zeit“ ein Artikel mit der Überschrift „Feierliches Weiterwurschteln“, der sich kritisch mit dem westdeutschen Hochschulwesen befaßt. Die Diskussion und die Angriffe gegen das westdeutsche Hochschulwesen nehmen in der Öffentlichkeit immer mehr zu. Das Beispiel des sowjetischen Hochschulwesens und das der DDR wirkt in diesem Zusammenhang immer stärker auf die westdeutschen Wissenschaftler.

Die wenigen Veränderungen, die man an den Hochschulen Westdeutschlands vornahm, erfaßten nur die allernotwendigsten Bereiche. Es gibt zwar einige Fortschritte im Bewusstsein, auch im Bereich bestimmter Teilgebiete der Organisation der Wissenschaft. Dies hebt aber nicht die katastrophale Lage auf diesem Gebiet auf. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft veröffentlichte in Bonn Thesen über „Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften“ und kommt dabei zu einer sehr kritischen Einschätzung. Greifen wir einige andere Beispiele aus dem westdeutschen Bildungswesen heraus.

Laufend werden Klagen geführt, über die Unsummen, die die Bundesrepublik für ausländische Patente und Lizenzen bezahlen muß. Die Forschung in Westdeutschland ist im Rückstand gekommen. Der Institutsdirektor eines Luftfahrtinstituts berichtete: „Nur ein Viertel der Wissenschaft und ein Fünftel der Sachmittel des Instituts werden von Haushalt der Technischen Universität getragen; alles andere müßte der Direktor von Fall zu Fall und von Jahr zu Jahr organisieren.“ Die wissenschaftliche Arbeit ist hier auf Almosen angewiesen, die Wissenschaftler haben für ihre Tätigkeit selbst keine richtige Perspektive. Auf der anderen Seite sehe wir den immer stärkeren einseitigen Einfluß der Monopole auf die Forschung in den Hochschulleistungen. Der Mangel an wissenschaftlichen Nachwuchskräften führt ebenfalls zu einem Rückgang in der Forschung. Die „Frankfurter Allgemeine“ kommt am 4. April 1964 zu der Feststellung, daß 70 Prozent aller Schüler der Oberschulen im Rheinland schon seit zwei Jahren nicht mehr in moderner Physik unterrichtet worden seien. Nach einer Untersuchung sollen in diesem Jahr „rund 9400 Philologen“ unter den Lehrern fehlen. In der „mathematisch-naturwissenschaftlichen“ Gruppe ist der Mangel mit 12,7 Prozent des Bedarfs am größten, ... bei den Fächern Leibniz, Musik und Kunst“ besteht ein Mangel von mehr als 30 Prozent des Bedarfs.“

1970 sollen trotz steigender Studentenzahl bei der gegenwärtigen Situation noch 26 Prozent des Bedarfs an Lehrern fehlen („Frankfurter Allgemeine“, 17. Juli 1964).

An der Pädagogischen Hochschule in München herrschen katastrophale Verhältnisse. In einem Raum, wo nur 240 Studenten unterkommen, müssen sich 400 hineinzwängen. Ein anderer Raum fällt nur 100 Personen, 400 müßten aber die Vorlesung hören. Mit den Verhältnissen an dieser Hochschule könnte man ganze Seiten füllen.

So streikten im Mai 1962 2000 Bonner Lehrerstudenenten wegen schlechten Verhältnissen an ihrer Hochschule. Die Lage unter den Ingenieur-

studenten ist ebenfalls nicht rosig. Dort gibt es unter den Studenten besonders Sorgen um die Finanzierung des Studiums. Die Lebenshaltungskosten werden immer höher. Obwohl nur fünf Prozent Arbeiterkinder an den Hochschulen studieren, müssen ein Drittel aller Studenten zusätzlich Geld verdienen.

So schrieb der „Tagesspiegel“ am 13. April 1964 über die Mietpreise: „Mithilfe im Haushalt ist vielfach Voraussetzung für einen erfolgreichen Mietschluß, jedoch vornehmlich für Mädchen, Nachhilfestunden für den Sohn werden gefordert, Heizungsbedienungen, Babysitting, Hundepflege oder Mithilfe in der Bäckerei. Die Preise bewegen sich von 50 DM für eine „Garage“, in die zur Not eine Couch gestellt werden könnte, bis zu komfortablen möblierten Zimmern für 200 DM und mehr. Da solche Angebote kaum von Studenten wahrgenommen werden können, liegt auf der Hand.“

Für viele Studenten wird das Studium durch die gesteigerten Lebenshaltungskosten immer schwieriger. Auf der anderen Seite sind die Universitäten überfüllt, da ihre Förderung kälter schlecht ist; die Studiendauer wird auf Grund dieser Verhältnisse immer länger (bei Chemikern zum Teil auf 18 Semester angesetzt). Die westdeutsche Rektorenkonferenz im März beschloß die Hochschulen, einige wollen diesen Mißstand durch „Hausprüfer“, Zulassungsbegrenzung und anderes lösen. Dies würde aber wiederum eine Verminderung der Studentenzahlen bedeuten. Aber z. Z. ist schon die Ausbildungskapazität der Hochschulen in der Bundesrepublik viel zu gering. In Westdeutschland könnte diese Frage nur durch die Besetzung des Bildungspolys und durch eine großzügige Förderung der Studenten und Hochschulen gelöst werden. Diese Lösung würde aber an den Grundfesten des Bonner Systems rühren.

Wie aus der „Deutschen Universitätszeitung“ Nr. 4/1964 zu entnehmen ist, gibt es von 100 Jugendlichen eines Jahrganges in Norwegen 23 Abiturienten, in Frankreich 19 und in der Bundesrepublik nur 8,6. Weiter heißt es dort: „Die mittlere Reife erwirbt von den Schülern Schleswig-Holsteins 24 Prozent ... in Rheinland-Pfalz sieben Prozent und Baden fünf Prozent.“

In der Bundesrepublik gibt es über 40 verschiedene Oberstufenabschlüsse; alle erheben den Anspruch, die Hochschulreife zu vermitteln. Die Ausbildung an den Oberschulen läßt auf naturwissenschaftlichem Gebiet sehr starke Lücken erkennen. Die Zahl der Arbeiterkinder ist sehr gering. Die Geld haben, können ihren Sohn eben einige Jahre lang auf die Oberschule geben lassen, und er kann dann, auch wenn er oft das Klassenziel nicht erreicht und mit noch gerade ausreichend die Oberschule abschließt, die Hochschulreife erhalten. Dies beeinflußt stark das Niveau der Studenten, die mit diesem Bildungsstand an die Universitäten kommen.

Im „Spiegel“ Nr. 23/1964 wird das westdeutsche Bildungswesen als „international nicht konkurrenzfähig“ eingeschätzt und festgestellt, daß es 1970 nur 0,5 Prozent mehr Oberschüler als heute geben würde. Obwohl die Universitäten überfüllt sind, werden für den gegenwärtigen Entwicklungslauf in Westdeutschland zu wenig Oberschüler ausgebildet. Wie soll

es bei den notwendigen Anstieg der Studentenzahl mit den Abiturienten im Jahre 1970 auskommen, wenn man die Feststellung des „Spiegels“ beachtet? Die Industrie fordert auch in Westdeutschland Oberschüler für ihren Bereich. Aber hier sieht es ebenfalls mit dem nötigen Nachwuchs wieder katastrophal aus.

Professor Weiterling kommt in einer Betrachtung („Stern“, Nr. 1/1964) zu dem Schluß, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung der Wissenschaft und Technik, die jungen Leute, die 1970 die Schule mit dem derzeitigen Bildungsniveau verlassen, kaum noch mehr als Brot und Wurst verdienen. Mit der Veränderung im westdeutschen Hochschulwesen müßte auch das gesamte Bildungswesen von der Konfessionsschule über die Ein-Klassen-Schule bis zu den unzähligen unterschiedlichen Oberschulen verändert werden. Das gegenwärtige Schulsystem entspricht in keiner Weise einem modernen Industriestaat.

Die Wirtschaftsexperten Westdeutschlands betonen immer stärker, daß zu wenig Studenten ausgebildet werden und deren Niveau oft noch sehr mangelhaft ist. Auch seien die Studenten nach Abschluß ihres Studiums schon viel zu alt, ihre Lebensdauer für die Monopole dadurch zu gering. Die Monopole wollen an den Hochschulen etwas verändern, ohne aber an den Grundlagen des Hochschulsystems Veränderungen zu treffen. So fordert die Deutsche Gesellschaft für Metallkunde von Bonn einen „Plan zur Beseitigung des Bildungsnotstandes“. Selbst der USA-Botschafter McGhee kritisierte in einem Vortrag die äußerst mangelhaften Aufwendungen der Westdeutschen für die Wissenschaft.

So kam es im März dieses Jahres auch zu einer Bundesebene.

Dr. Lohmar (SPD) gebrauchte einige kritische Bemerkungen über das Bildungssystem und kam zu der Feststellung: „Die Sowjetunion hat ihrerseits den Aufgaben in der wissenschaftlichen Forschung, in der Elektrotechnik, der Automation und der Kybernetik die erste Priorität in ihrem Staatsausgaben gegeben.“ Er verlangte ein Sofortprogramm zur Überwindung des Bildungsnotstandes. Ein anderer kritisierte zwar ein wenig das westdeutsche Hochschulwesen, sprach aber dann von den angeblichen Erfolgen. So hätte man innerhalb von einigen Jahren 803 neue Lehrstühle geschaffen. Über diese Maßnahmen war im „Industriekurier“ (28. Mai 1964) jedoch zu lesen, daß man es bis heute noch nicht geschafft hat, mehr als 100 zu besetzen. Strauß versucht ebenfalls die „großen Erfolge“ der CSU im Bildungswesen herauszustellen, wobei er große Lücken in der Sachkenntnis der Dinge erkennen ließ, und natürlich die hohen Rüstungsausgaben rechtfertigen wollte. Im Juni wurde dann ein mit viel Propaganda aufgemachtes Abkommen zwischen Bund und Ländern der Bundesrepublik unterzeichnet. Durch dieses Abkommen soll der Ausbau und der Neubau von Universitäten unterstützt werden. Bei der Unterzeichnung des Vertrages fehlten allein von zehn Ministerpräsidenten der Länder fünf. Die Hamburger „Zeit“ bezeichnet dieses Abkommen als ein Taschengeld für die Hochschulen. Sie schätzte diese Maßnahme mit der schon zitierten Überschrift als „feierliches Weiterwurschteln“ ein.

Dieses Abkommen, daß vor allem den Neubau einiger Universitäten vorsieht, ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Dadurch will man einer generellen Hochschulreform aus dem Wege gehen. Die Wogen in der Hochschuldiskussion sollen gelindert werden. Dr. H. Rorer schrieb dazu im „Industriekurier“ (30. Juni 1964), daß die Auswirkungen dieser Projekte erst in etwa zehn bis zwanzig Jahren zu erwarten seien. Einige behaupten, daß man gerade die gegenwärtige Überfüllung aller Hochschulen durch die geplanten Neubauten beseitigen könnte.

Die Bundesrepublik braucht aber heute schon mehr Studenten. Wie soll dies dann erst in 20 Jahren aussehen?

Am 17. Juli 1964 fragte man sich in einem Artikel über die Wissenschaft in der großbürgerlichen Zeitung „Die Welt“ (der überschrieben war: „Im Rückstand?“), warum eigentlich so wenig Geld für die Forschung und Wissenschaft in Westdeutschland da wäre. Dies wurde als „unerfindlich“ bezeichnet.

Auf der letzten Tagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft spürte man Unbehagen darüber, daß die Atom- und Weltraumforschung in die Hände des Bonner Staates konzentriert werden. Man sprach von den zu einseitigen Förderungen in der Bundesrepublik und nannte dabei die Wehrforschung. Auch Lohmar von der SPD äußerte vor dem Bundestag, daß die Zweckforschung für die Rüstung die dreifache Summe der Ausgaben beansprucht, die für den gesamten Ausbau der Hochschulen bereit stehen. Lohmar kommt hier den Ursachen schon etwas näher, obwohl der gegenwärtige Zustand mit den Stimmen der SPD geschaffen wurde und der gefährlichen Linie von Wehner und Erler — alles für die Rüstung — entspricht.

Bonn will 250 Millionen jährlich für den Ausbau und Neubau von Hochschulen ausgeben. Auf der anderen Seite sprach Bundesminister Lenz davon, daß sie für Atomforschung (Rüstung) 345 Millionen jährlich ausgeben. Diese Ausgaben sollen um 10 Prozent steigen. Für die Weltraumforschung (sprich Raketenbau) sind 130 Millionen eingesetzt. Ohne die Ausgaben, die direkt vom Kriegsministerium für die Rüstung und deren Forschung ausgegeben werden und ohne die vorangeführten Posten — das sagte Lenz, als er über die Aufgaben allein für „Bosortforschung“ referierte — erfüllt der größte Teil 1964 auf den Kriegsministerium, nämlich 734 Millionen. Neben kleineren Posten für Forschung und Unterstützung der Monopollindustrie geht noch eine große Summe in die Hände der Europäischen Atomgemeinschaft.

Die riesigen Rüstungsausgaben, die Kosten für die Raumfahrt, die einseitige Konzentration von Mitteln in den Händen der Monopole und deren enge Zweckforschung — auch auf dem Gebiet der Rüstung —, die Vermeidung jeder tiefgreifenden Veränderung an den Hochschulen und im gesamten Schulwesen, sowie die starre Aufrechterhaltung des Bildungspolys führen dazu, daß Bonn eines der rückständigsten Länder im Bildungswesen ist, und unter diesen Bedingungen bleiben wird.

(Übernommen aus der „Universitätszeitung“ Nr. 13/64 der Karl-Marx-Universität)



Beste Studenten ausgezeichnet

Anläßlich der feierlichen Inauguration wurde von jeder Fakultät jeweils der beste Student des letzten Studienjahres mit einer Prämie ausgezeichnet.

Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften:
Student Ulrich Pelda — Fachrichtung Mathematik. Ulrich Pelda beendete 1959 die Grundschulausbildung mit „Ausstanding“. Anschließend besuchte er die Erweiterte Oberschule Stolberg/Erzgebirge. Auch dort konnte er sehr gute Leistungen erzielen und bestand das Abitur 1963 mit „sehr gut“. Im polytechnischen Unterricht erhielt er eine Ausbildung als Maschinen-schlosser.

Im September 1963 nahm Ulrich Pelda an unserer Hochschule das Studium in der Fachrichtung „Mathematik“ auf. Durch seinen Fleiß erzielte er bereits in der ersten Zwischenprüfung einen Durchschnitt von 1,33.

Fakultät für Maschinenbau:
Student Robert Köhler — Fachrichtung Allgemeiner Maschinenbau. Robert Köhler besuchte die Erweiterte Oberschule „Friedrich Engels“ in Rochlitz. Die Reifeprüfung hat er mit „gut“ bestanden.

Er arbeitete aktiv in der zentralen Schulgruppenarbeit der FDJ mit und erwarb in einem Sonderlehrgang während der Oberschulzeit den Facharbeiterbrief. Mit Beginn des Studienjahres 1961/62 begann Robert Köhler sein Studium an unserer Hochschule. Im Verlauf der zurückliegenden drei Studienjahre war er ständig der leistungsmäßig beste Student des Semesters.

Er ist Betreuer eines ausländischen Studenten und erledigt die sich daraus ergebenden Aufgaben gewissenhaft. Sein Fleiß und seine vorbildliche Studiendisziplin trugen dazu bei, daß er seinen Leistungsdurchschnitt nach dem dritten Studienjahr mit 1,5 halten konnte.

Fakultät für Technologie:
Student Rainer Ebert — Studienrichtung Elektronische Datenverarbeitung. Rainer Ebert erlernte von 1957 bis 1959 in der Betriebsberufsschule Eisdorf und im VEB Fritz-Höcker-Werk Karl-Marx-Stadt den Beruf eines Drehsers. Die Facharbeiterprüfung schloß er mit dem Ergebnis „sehr gut“ ab. Er war Leiter eines Lernaktivs und erhielt in Berufswettbewerben zweimal eine Bronzemedaille.

Von 1959 bis 1962 besuchte Rainer Ebert die ABF Karl-Marx-Stadt. Das Abitur bestand er mit „gut“. Im Jahre 1962 nahm er das Studium an unserer Hochschule in der Studienrichtung Elektronische Datenverarbeitung auf. Sein Fleiß und seine Aktivität beim Studium ließen ihn zum Vorbild seiner Kommilitonen werden. Neben seiner guten fachlichen Arbeit ist er aktiv gesellschaftlich tätig. Er ist Seminargruppensekretär der leistungsbesten Gruppe der Fakultät Technologie und erreichte in den Zwischenprüfungen des vergangenen Jahres einen Durchschnitt von 1,8.



Anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der DDR wurde der Leiter der Abteilung studentische Körpererziehung, Genosse Dipl.-Sportlehrer Werner Richter, mit der Ehrennadel des Deutschen Turnverbandes in Gold ausgezeichnet, nachdem er im Jahre 1962 bereits die

Ein Jahrzehnt für den Sport

goldene Ehrennadel des DTSB erhalten hatte.

Genosse Richter, (Bild links) leitet die Abteilung studentische Körpererziehung seit ihrer Gründung am 1. Februar 1954. Die Jahre des Aufbaus des obligatorischen Sportunterrichts brachten oft viele schwierige Probleme mit sich. Die ständig wachsende Zahl der Studenten, das Fehlen des eigenen Sportplatzes und der entsprechenden Anzahl von Turnhallen (die Nachfrage stieg schneller als das Angebot) — das alles brachte manche Sorgen mit sich. Auch heute sind die Schwierigkeiten noch nicht überwunden, weshalb die Abteilung ihre ganze Aufmerksamkeit seit langem auf den Bau einer

hochschuligen Turnhalle und eines Sportplatzes richtet.

Die Abteilung studentische Körpererziehung besitzt als Mitarbeiter gegenwärtig sechs Diplom-Sportlehrer. Neben ihren Hauptaufgaben bei der Durchführung des obligatorischen Sportunterrichts sind alle Mitarbeiter entsprechend ihren Fähigkeiten auf besonderen Gebieten des Sports in den verschiedensten gesellschaftlichen Funktionen tätig.

Besonders umfangreiche gesellschaftliche Arbeit leistet Genosse Werner Richter neben seiner Tätigkeit als Leiter der Abteilung. Genosse Richter — bis 1957 war er Vorsitzender der Hochschul-Sportgemeinschaft — ist Präsidiumsmitglied des Deutschen Turnverbandes, Bezirksvorsitzender des Fachausschusses Turnen und Mitglied des Sekretariats des Bezirksverbandes des DTV sowie Vorsitzender des Sportstättenvergabeaktivs beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt. Darüber hinaus ist Genosse Werner Richter Mitglied des Rates der 1. Fakultät und Mitglied der Fakultätsparlamentierung.

Für seine umfangreiche gesellschaftliche Arbeit erhielt er bereits zweimal die Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“. Die gesellschaftliche Tätigkeit seiner Mitarbeiter kommt durch die Auszeichnung aller Sportlehrer der Abteilung mit der Ehrennadel des DTSB in Silber zum Ausdruck.

Hochschulnachrichten

Herzlichen Glückwunsch!

Am 5. November dieses Jahres feierte unser Genosse Carl Höfig, Meister im Institut für Thermodynamik, seinen 65. Geburtstag. Genosse Höfig gehört seit 1929 der Partei der Arbeiterklasse an. Seit 1956 arbeitet er an unserer Hochschule. Die Parteiloyalität und die Redaktion des „Hochschulspiegel“ beglückwünschten Genossen Höfig und wünschen ihm weiterhin noch viel Gesundheit und Schaffenskraft!

Ehrentitel verliehen

In Anerkennung seiner langjährigen hervorragenden Leistungen auf ingenieurtechnischem Gebiet beim Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wurde Herrn Bauingenieur Heino Burkhardt, Leiter der Bauverwaltung an der TH Karl-Marx-Stadt, die Ehrenbezeichnung „Oberingenieur“ verliehen.

Ernennungen

Der Staatssekretär für das Hochschulwesen hat Herrn Prof. Dr. rer. nat. habil. Ch. Weilmantel mit Wirkung vom 1. September 1964 als Direktor des Instituts für Technische Physik bestatigt.

Der Staatssekretär für das Hochschulwesen hat Herrn Prof. Dr. rer. nat. habil. Ch. Weilmantel mit Wirkung vom 1. September 1964 als Direktor des Instituts für Technische Physik bestatigt.

2. Fotoschau

Der Fotozirkel unserer TH weist nochmals daraufhin, daß für die Beteiligung an der 2. Fotoschau der Ein-sendeschluß der 15. November ist. Die Fotos (Mindestformat 13x18) können an die Redaktion des „Hochschulspiegels“, an das Dekanat der III. Fakultät oder an das Sekretariat des Instituts für Werkzeugmaschinen gesandt werden. Auch Farbfotos können für den Wettbewerb eingereicht werden.